

## "Tücken eines Sieges" in Le Monde (22. September 1992)

**Legende:** Am 22. September 1992, zwei Tage, nachdem Frankreich für die Ratifizierung des Maastricht-Vertrags gestimmt hat, analysiert die französische Tageszeitung Le Monde die Reaktionen der französischen Politik auf das knappe Ergebnis der Volksabstimmung.

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. LESOURNE, Jacques. 22.09.1992, n° 14.821; 49e année. Paris: Le Monde. "Pièges d'une victoire", auteur:Colombani, Jean-Marie , p. 1; 6.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/tucken\\_eines\\_sieges\\_in\\_le\\_monde\\_22\\_september\\_1992-de-525c99ba-7c1a-4cb8-9203-130824e619e2.html](http://www.cvce.eu/obj/tucken_eines_sieges_in_le_monde_22_september_1992-de-525c99ba-7c1a-4cb8-9203-130824e619e2.html)



**Publication date:** 06/07/2016

## Tücken eines Sieges

von Jean-Marie Colombani

Das gestrige «Ja» der Franzosen zu Maastricht war weder klar noch überwältigend – es war lediglich ein verhaltenes «Ja». Doch es war ein «Ja» und das ist entscheidend – schon deshalb, weil Frankreich damit die düstere Prognose des deutschen Historikers Rudolf von Thadden entkräften kann, der vor der Abstimmung mit Bedauern erklärte: *«In diesem Land hegen große Männer oft große Projekte, doch können die Franzosen ihre Ideen nicht umsetzen.»* Die Franzosen haben es gerade noch geschafft, die letzte große gemeinsame Utopie umzusetzen – den Aufbau Europas, der einer Volksabstimmung würdig war. Damit wird die europäische Dynamik wieder ihre Rechte geltend machen. Doch, wie Pasqua und Séguin es ausdrücken, *«nichts wird mehr so sein wie zuvor»*.

Zwar können die mit der Umsetzung des Vertrags beauftragten Personen auf die per Volksabstimmung abgeseignete französische Ratifizierung zählen, doch müssen sie dabei auch die Vorbehalte, Ängste und Weigerungen berücksichtigen, die im hohen Anteil der «Nein»-Stimmen manifest wurden. Das Europa des aufgeklärten „Despotismus“ – so wie es 40 Jahre lang aufgebaut wurde – gehört der Vergangenheit an. An seine Stelle muss ein Europa treten, das mehr von seinen eigenen Bürgern gestaltet wird und den Sorgen der öffentlichen europäischen Meinung, die sich im Laufe von Anhörungen und Ratifizierungsprozessen in allen Mitgliedsländern herauskristallisiert, Rechnung trägt. Doch entgegen den Äußerungen von Pasqua und Séguin, die uns dies am Abend der Abstimmung unter Nichtachtung der elementarsten demokratischen Gefühle glauben machen wollten, ist der Vertrag über die Gründung der Europäischen Union nicht *«am Auseinanderbrechen»*; denn das «Ja» ist ein «Ja», und zwar genauso wie das mit äußerst knapper Mehrheit erzielte dänische «Nein» eben ein «Nein» war.

Abgesehen von diesem Ausrutscher lässt sich die tatsächliche Bedeutung dieser im wahrsten Sinne des Wortes historischen Abstimmung an den Reaktionen der führenden Politiker des Landes ablesen: Das Referendum bestimmt das Schicksal zehn anderer Länder und krönt die Bemühungen einer französischen Diplomatie, die sich über zwei Republiken mit vier Präsidenten erstreckt.

### Ein Wunder!

In einem Land mit drei Millionen Arbeitslosen, an dessen Spitze darüber hinaus eine in Misskredit geratene Regierung steht, ist es nach Auffassung Giscard d'Estaings ein Wunder, dass die Abstimmung mit «Ja» endete. Der ehemalige Präsident hatte völlig Recht mit seiner Äußerung, wonach die von ihm angeführte Partei, die UDF, das Ergebnis *«gerettet»* habe. Mitterrand versäumte im Übrigen nicht, *«die starke Entschlossenheit und den geistigen Mut»* jener zu loben, die in der Opposition zum Sieg des «Ja» beitrugen. Die Analyse des Abstimmungsverhaltens zeigt, dass Liberale und Mitte am besten abschneiden; ihre Wählerschaften sprachen sich zu mehr als 60% für die Europäische Union aus, wohingegen die RPR kaum der Linie ihres Parteichefs folgte (34%).

Jacques Toubon ging sogar noch einen Schritt weiter und sprach von einer *«gewaltigen Herausforderung»* für alle Politiker. Tatsächlich sollten alle den Riss hinterfragen, der durch diese Abstimmung offenbar wurde. Es ist zunächst ein Riss im soziologischen Sinne: Diejenigen Franzosen, die sich von den Sozialisten eine Besserung ihrer Lage erhofft hatten, stimmten mit «Nein». Dagegen stimmten jene mit „Ja“, deren Reichtum sich vermehrt hat. Das Frankreich der Arbeiter und Angestellten – also die Wählerschaft François Mitterrands aus dem Jahre 1981 – sagte «Nein». Das Frankreich der Führungskräfte, der Intellektuellen und der Eliten sagte «Ja». Es ist auch ein geographischer Riss: zwischen den Stadtzentren einerseits und den ländlichen Agrarregionen andererseits. In alteingesessenen Sozialistenhochburgen wie Languedoc-Roussillon und vor allem Nord-Pas-de-Calais ist eine ablehnende Haltung festzustellen. Regionen mit «rechter» Tradition wie Rhône-Alpes und vor allem Ile-de-France sind dagegen offen und risikobereit. Auch dort, wo mehr als anderswo ein Blutzoll gefordert worden war (im Elsass und in Lothringen), wurde die europäische Integration begeistert befürwortet. Andere Regionen haben wohl ein kürzeres Gedächtnis und verhielten sich äußerst ablehnend.

Auch Pierre Bérégovoy brachte es wie Toubon auf den Punkt und bestand auf der Notwendigkeit für die Regierung, «*mehr als in der Vergangenheit auf die Stimme des Volkes*» zu hören. Ein Motto, das sich alle – auch die Opposition – auf die Fahnen schreiben sollten. Niemand kann die aufrichtige Überzeugung und den guten Willen des Premierministers bezweifeln. Doch von nun an kann selbst er Zweifel bezüglich seiner Handlungsfähigkeit anmelden. Denn trotz ihrer Spaltung geht die Opposition gestärkt aus dieser Abstimmung hervor: Sie dominierte das «Nein»-Lager, aber war letztendlich ausschlaggebend für das «Ja». Zweifellos wäre die Behauptung übertrieben, wonach eine Regierung, die sich um die Zustimmung der Wählerschaft bemüht und von dieser Zuspruch bekommt, hierdurch geschwächt wird. Es liegt jedoch auf der Hand, dass weder der Präsident noch die Regierung unmittelbar in der Lage sind, zusätzlichen Handlungsspielraum zu schaffen.

### **Einige Tage Stabilität**

Die von ihnen so dringend benötigte Verschnaufpause konnte nur durch die –selbst ansatzweise – Bildung einer europäischen Mehrheit entstehen, die mittels des im rechten Lager entstandenen Bruchs einen «Maastricht-Effekt» hätte verlängern können. Doch hierzu kam es nicht. Denn der äußerst knappe Erfolg und das ungeschickte Verhalten von Fabius, der den Sieg des Präsidenten mit einer politischen Umstrukturierung in Verbindung bringen wollte, haben verschiedene Persönlichkeiten aus dem gemäßigten rechten Lager seit Sonntagabend zu einer radikalen Abkehr von einer solchen Aussicht bewogen. Einzig Brice Lalonde erwog zusammen mit Michel Noir die Idee einer «*liberalen, sozialen und ökologischen*» Mehrheit. Alle anderen starteten wie gebannt auf die Ergebnisse der Umfragen zu den nächsten Parlamentswahlen, die am Ende der Volksabstimmung durchgeführt wurden: Dabei ergab sich für die Koalition aus RPR und UDF die Aussicht auf eine überwältigende Mehrheit.

Damit erübrigt sich natürlich die Idee einer Auflösung der Nationalversammlung auf Initiative der Regierung, denn dann wären die wenigen Tage politischer Stabilität, die ihr das «Ja» einbringt, verloren. Außerdem würde sie damit selbst das Ende ihrer Amtszeit besiegeln. Im Gegenzug lässt alles darauf schließen, dass die Opposition – um die durch ihre Spaltung entstandenen Spuren zu beseitigen – bei der erstbesten Gelegenheit versuchen wird, zumindest nach außen hin zur Geschlossenheit zurückzufinden. Vor diesem Hintergrund ist nichts besser als ein Misstrauensantrag. Würde dieser beispielsweise nach Prüfung des «Einnahmepostens» im Haushaltsentwurf eingereicht, wäre die Unterstützung der kommunistischen Abgeordneten kein Problem, zumal die Parteispitze der PCF einer «objektiven Komplizenschaft» mit der Rechten nie abgeneigt ist. Infolgedessen ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Chirac und Balladur auf der einen sowie Pasqua und Séguin auf der anderen Seite auf Kosten der Regierung zu einer provisorischen Einigung gelangen und dann über einen Misstrauensantrag versuchen werden, die Auflösung der Nationalversammlung durchzusetzen.

### **Vorgezogene Präsidentschaftswahlen?**

Unter diesen Umständen sollte sich die Regierung vielleicht dazu entschließen, vorgezogene Präsidentschaftswahlen ins Auge zu fassen. Zwar hat Mitterrand das Referendum für sich entschieden, doch bleibt er unter Druck. Und wahrscheinlich kann er sich aus dieser Klammer nur befreien, wenn er seinen eigenen Weg „nach oben“ geht. Zweifelsohne entspricht eine solche Möglichkeit kaum seinem Naturell als beharrlichem und hartnäckigem Kämpfer, doch wäre dies für ihn und seine Anhänger ohne Frage die bestmögliche Variante. Ob sich die Sozialisten jetzt den Parlamentswahlen stellen müssen oder diese Wahlen zum vorgesehenen Zeitpunkt kommen, spielt eigentlich keine Rolle mehr, denn der politische Schiffbruch steht kurz bevor. Wenn dieser Zeitplan durchkreuzt und die Präsidentschaftswahlen vorgezogen werden, erhält der linke Flügel der Sozialisten eine Chance sich zu behaupten bzw. sich wieder neu zu ordnen. Denn wenn auch die Parlamentswahlen scheinbar keinen Ansatz bieten, so eröffnen die Präsidentschaftswahlen doch eine neue Perspektive.

Selbstverständlich kann gegen solche Spekulationen angeführt werden, dass der Präsident durchaus zu einer erneuten Kohabitation in der Lage ist und warten kann, bis die Rechte wieder schwächer wird. Doch beim gegenwärtigen Gang der Dinge könnte er die Unterstützung des Parlaments verlieren, das ihm sonst den Rücken stärkt. Überdies fehlt es ihm und seiner Regierung an Projekten, denn die europäische Einigung war

als das große Ziel der zweiten Amtszeit angekündigt worden. Nun ist es bewältigt und in gewisser Weise über die Bühne. Das große Werk ist vollbracht und die Aufgabe erfüllt. Bleibt die Frage, warum unter diesen Umständen nicht an eine verkürzte Amtszeit zu denken wäre, mit der Mitterrand dem Land seine Erfolge beweisen und sich eine Eintragung in die Geschichtsbücher sichern könnte.

JEAN MARIE COLOMBANI